



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/255 - 11. Oktober 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0588 890

## Hinweise auf den Inhalt:

Das gesamtdeutsche Gewissen der Kanzlerpartei	S. 1
Belgiens Opposition rührt sich	S. 3
Hat das Zentrum wieder Chancen?	S. 4
Die Noten der Westmächte	S. 6

## Berlin kein Tabu für Laizenzse mit

E. A. Berlin

Die zweite Lesung der Grundgesetzänderung ist in Berlin bestmöglichst Weise die schließliche Entscheidung über den Verbleib der Kanzlerpartei werden lassen. Bei drei Tagesordnungsgegenständen sind zwei davon, das es nach Ansicht objektiver Beobachter der Fall ist, zwischen Koalition und Opposition zu entscheiden. Die CDU/CSU, das es zu Berlin ein Tabu für Laizenzse mit der SPD, weil, das die SPD die Verantwortung für die Erfüllung der nationalen Forderungen nicht übernehmen will, sondern die Verantwortung für die juristische Bewertung der Grundgesetzänderung auf sich zu verlagern will. Die CDU/CSU hat die Verantwortung für die Entscheidung über die Grundgesetzänderung in Berlin, falls die CDU/CSU die Verantwortung für die Entscheidung über die Grundgesetzänderung für die erlassenen politischen Sachverhalte überträgt.

Wenn dabei zunächst von einer Erörterung der Differenzen abgesehen werden soll, die allerdings, da es sich im wesentlichen um gesamtdeutsche Fragen handelt, die zögernde CDU/CSU in einem sehr ungünstigen Licht zeigen, so muss dagegen eine andere Eigenheit des Verhaltens der Kanzlerpartei mit allem Nachdruck aufgegriffen werden. Es ergab sich nämlich das Kuriosum, dass sich die CDU/CSU, die vor allem beim Langwellen-Problem in eine für sie peinliche Verteidigungsposition geraten war, hinter das Argument zurückzog, dass man doch auf Berliner Boden bei der Erörterung derartiger Differenzen zurückhaltender - 2 -

sein sollte.

In seltener Eindringlichkeit zeigte sich hier das überaus schlechte Gewissen, das die CDU/CSU gerade in gesamtdeutschen Problemen beherrscht. Hier auf diesem Berliner Boden, auf dem es sich bei der kühlen Sachlichkeit der Bevölkerung und im Angesicht des Ostsektors und der Sowjetzone nicht mit der in Bonn so beliebten Oberflächlichkeit taktieren lässt, wird die Kanzlerpartei mit der Tatsache konfrontiert, dass sie es bei allen gesamtdeutschen und Berliner Fragen doch an der hier so erforderlichen Herzenswärme der Anteilnahme fehlen lässt. Wie anders wäre es sonst möglich, dass die Abgeordneten der CDU/CSU bei der Berliner Bundestagsitzung jedesmal dann in grösste Unruhe gerieten und sich zu höchst aufschlussreichen Zwischenrufen verleiten liessen, wenn die Sprecher der SPD, nahezu in jedem Einzelfall selbst Berliner, mit schonungsloser Offenheit den Finger auf die Wunde legten.

Besonders symptomatisch erschien hier der Zwischenruf des CDU-Abgeordneten Pelster: "Schreien sie doch nicht so", als der SPD-Abgeordnete Nehmer, zutiefst aufgewühlt und in grosser Leidenschaftlichkeit, für eine grössere Herzenswärme bei der Behandlung der nackten Lebensorgane der aus den sowjetzonalen Haftanstalten entlassenen politischen Häftlinge appellierte. In einem Augenblick also, in dem es gerade angesichts des vor einem allgemeinen Anliegen völlig in Anspruch genommenen SPD-Sprechers keine andere Reaktion im gesamten Bundestag hätte geben dürfen, als die einmütige und ebenso leidenschaftliche Zustimmung zu diesem Hilferufen, da wusste ein westdeutscher CDU-Abgeordneter nichts anderes zu sagen, als die Aufforderung, der Redner solle "nicht so schreien". Ebenso symptomatisch wie dieses menschliche Versagen war allerdings dann die Feststellung des SPD-Abgeordneten Franz Neumann, dass angesichts der zum Teil schrecklichen Notlage der entlassenen Häftlinge nicht nur ein Mann, sondern der ganze Bundestag hätte aufschreien müssen.

Die Kanzlerpartei hat in diesem Instanzfall der Berliner Bundestagsitzung nicht gezeigt, dass sie über ihren westdeutschen Schatten springen kann. Wenn sie der Meinung gewesen sein sollte, dass man gerade in Berlin um einer fragwürdigen Optik willen eine Show der Gemeinschaftlichkeit hätte vorführen und dabei die brennenden Probleme auf Berliner und gesamtdeutschem Gebiet nicht hätte behandeln sollen, dann allerdings hat sie sich mehr als geirrt. Berlin ist bei aller Nüchternheit kein Tabu für Leidenschaft.

Widerstand gegen das deutsch/belgische Grenzabkommen

pt., Brüssel

Die christlichsoziale Opposition im belgischen Parlament bereitet sich darauf vor, der Ratifizierung des bei Adenauers Besuch in Brüssel abgeschlossenen deutsch/belgischen Grenzabkommens Schwierigkeiten zu bereiten. Der christlichsoziale Abgeordnete Struys weist in einer Interpellation an den Außenminister darauf hin, dass die Einwohner eines Grenzfleckens (Hemmeren), der bisher von Belgien verwaltet wurde und nach Deutschland zurückkommen soll, in einem Telegramm gefordert haben, bei Belgien endgültig zu bleiben und fragt, warum nicht hier und auch in den anderen Orten eine Volksabstimmung stattfand. Er verlangt weiter eine Überprüfung der Grenze, wo wesentliche Waldgebiete an Deutschland zurückgegeben werden.

Dass es sich hier um den Anfang eines Versuchs der christlichsozialen Opposition handelt, sich als belgische Patrioten aufzuspielen und der sozialistisch-liberalen Koalition die alleinige Verantwortung für das Grenzabkommen <sup>zu</sup> zuschieben, ergibt sich aus einer Artikelreihe, die das christlichsoziale Gewerkschaftsorgan "La Cité" unter dem Titel "Unser Herz sagt Ja, unsere Vernunft sagt Nein" über die betreffenden Gebiete veröffentlicht. Das Blatt erweckt den Anschein, dass in den betroffenen Flecken - es handelt sich um insgesamt rund 500 Menschen - die Vernunft dafür spreche, bei Belgien zu verbleiben, wenn man auch "im Herzen" deutsch sei. Angeblich macht man sich im Grenzgebiet Sorgen darüber, in Bezug auf Steuern und Sozialabgaben von Bonn nicht so gut behandelt zu werden wie unter der belgischen Verwaltung. Auch die "Cité" lässt ihren Berichterstatter zu dem Schluss kommen, dass wohl eine Mehrheit der Bevölkerung für Belgien stimmen würde, wenn man sie fragen würde. Der christlichsoziale Pferdefuss zeigt sich deutlich darin, dass behauptet wird, die Einwohner der Flecken hätten Angst, dass ihre unter belgischer Verwaltung katholisch aufgezogenen Schulen "entchristianisiert" würden und dass den belgischen katholischen Schwestern und Pflegern, die bisher dort die Wohlfahrtspflege ausübten, der Zutritt verweigert würde, wenn das Gebiet erst wieder deutsch regiert wird.

Auch in Katholischen Kreisen Lüttichs und Malmédys schliesst man sich dieser Opposition an. Zum Teil sind, vor allem in Lüttich, rein

geschäftliche Gründe dafür massgebend. Der Schwerezustand, in dem sich bisher diese Gebiete befanden, erlaubte geschäftstüchtigen Lütticher Kaufleuten den Absatz unter Umgehung steuerlicher und zöllnerischer Auflagen. Dessen ungeachtet scheinen die christlichsozialen Abgeordneten dieser Städte sich der Opposition voll zur Verfügung zu stellen, obwohl der Bundeskanzler Adenauer bei seinem Besuch in Brüssel nichts unterliess, um seine absolute Anhänglichkeit an die katholische Sache offen zu zeigen. Das ging schon daraus hervor, dass er seinen grossen Vortrag über die Europapolitik nicht in einer politischen Zirkel, sondern in den "Grandes Conférences Catholiques" hielt, die durchaus eine Organisation der belgischen Christlichsozialen sind.

\* \* \*

#### Hoffnungen in der katholischen 'Mitte'

-oh. Das Zentrum, von einiger Bedeutung eigentlich nurmehr im Lande Nordrhein-Westfalen, schöpft neue Hoffnung. Die wenigen Getreuen, die an Windthorst's Konzept der "Partei der Mitte" feithielten und sich 1945 nicht einschmelzen liessen in die grosse "bürgerliche-christliche" Sammlungsbewegung, deren Führer dann Konrad Adenauer wurde, sehen den Stern der "Union" verblassen und rechnen auf die damit wieder sichtbar werdende eigene Leuchtkraft. Man braucht nur das parteioffizielle Wochenblatt, den "Kurier am Sonntag", zu lesen oder Berichte von partei-internen Veranstaltungen, um das frühe Ansteigen des Stimmungsbarmeters zu erkennen. Euphorie oder begründeter Optimismus? - das eben ist die Frage, auf die wir nach den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vielleicht eher eine Antwort wissen als heute.

Partner an der Saar, in Düsseldorf und in Bayern

Um dem Schicksal ein wenig nachzuhelfen, hat sich die Zentrumspartei zunächst einmal mit der Christlichen Volkspartei im Saargebiet zusammengetan. Also mit der Partei des Mannes, der seit 1945 wahrlich eine wenig rühraliche Rolle in der deutschen Politik gespielt hat, Johannes Hoffmann. Vielleicht baut man in Führungskreis des Zentrums auf die besonders ausgeprägte Keigung unserer Zeit, schnell zu vergessen.

Zum anderen hat das Zentrum in Düsseldorf mit der Gesamtdutschen Volkspartei des ehemaligen Ministers Dr. Heinemann ein Wahlbündnis

abgeschlossen. Damit ist dort eine Art "Konkurrenz-Union" gebildet worden, wie das Blatt der Fuldaer Bischofskonferenz, das "Echo der Zeit" kürzlich mit einigen Unbelagten bemerkte. Und schließlich streckt man vorsichtig tastende Fühler aus, um mit der Bayernpartei und den recht unzufriedenen Altbayernern für die Bundestagswahl im nächsten Jahr politisch in's Geschäft zu kommen.

Bei alledem ist die Überlegung unverkennbar: wenn die CDU/CSU früher oder später in die unausweichliche Zerreißprobe gestellt wird, die der greise Taktiker aus Rhöndorf immer wieder zu überspielen vermochte, dann kehrt die grosse Stunde der "Partei der Mitte" wieder, auf die man in all den Jahren sehnsüchtig gewartet hat. Dann werden die so gegensätzlichen Elemente der "Union" in die Notwendigkeit gestellt, sich von der Illusion zu befreien, die CDU/CSU könnte halten, was sie versprach: politische Heimat für alle zu sein. Für den Arbeiter so gut wie für den Unternehmer, für Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Industrie, für den Mittelstandsblock und die Hausbesitzer, wie für den Flüchtling und die Rentner.

Dann aber - so wurde es bei der Verhinderung des Düsseldorfer Wahlbündnisses ausgesprochen - sei ein Sammelbecken aller derjenigen "christlichen" Wähler vorhanden, die sich voll tiefer Enttäuschung von der CDU/CSU abwenden werden. Dabei visiert die Partei, - von der das kirchenoffizielle Staatslexikon der Görresgesellschaft noch 1932 schrieb sie sei "die staatspolitische Vertreterin des katholischen Volksteils", - naturgemäss in erster Linie das Erbe im katholischen Bereich an.

Was käme aus der CDU hinzu?

Welches sind die realen Chancen?

Zunächst ist zu sagen, dass die CDU/CSU in den vergangenen Jahren für den katholischen Wähler attraktiver gewesen ist als es das Zentrum im allgemeinen früher war. Katholische Kreise bemessen den Prozentsatz der katholischen CDU-Stimmen innerhin auf über zwei Drittel. Sie haben errechnet, dass etwa 70 % der katholischen Wahlberechtigten z.B. in der Bundestagswahl 1953 der Partei Dr. Adenauers ihre Stimme gaben. Demgegenüber hatte das Zentrum in seinen besten Zeiten ein einziges Mal ein vergleichbares Resultat, als in der Reichstagswahl 1874 27,8 % der insgesamt abgegebenen Stimmen auf die Partei Windthorst entfielen. Damals waren etwa ein Drittel der Wahlberechtigten Katholiken, so dass man sagen kann, dass das Zentrum rd. 80 % der katholischen Wählerstimmen

eroberte. In der Folgezeit fiel die Partei ab, ihr Stimmanteil betrug kurz vor dem Ausbruch des Hitlerwahns nurmehr um 12 % der abgegebenen Stimmen; also etwa nur ein Drittel der katholischen Wähler waren dem Zentrum treu geblieben.

Die zweite und entscheidende Frage aber ist die, ob die Kräfte des Klerikalismus in der Bundesrepublik zu einer, sagen wir, wohlwollenden Neutralität dem Zentrum gegenüber hinfänden, wenn der CDU-Stern so oder so verblasst. Denn bisher befand sich das Zentrum in der wenig beneidenswerten Situation, Liebe durch Haas vergolten zu bekommen. Es hat seit der Begründung der "christlichen" Sammelpartei, zumal in den Anfängen der CDU/CSU, nicht wenig Zweifel im katholischen Bereich gegeben, ob das Experiment der "Union" nicht gar zu gefährlich sei; ob man nicht besser zu der Katholischen Staatspartei zurückkehren sollte. Und heute lassen sich bereits gewisse Tendenzen zur Auflockerung der erstarrten Front des politischen Katholizismus erkennen. Wie weit sie das Zentrum wieder zu einer echten politischen Kraft werden lassen, wird nicht zuletzt davon abhängen, welcher Art die unausbleibliche "innere Läuterung" der CDU/CSU sein mag; welches ihrer vielen Gesichter sie unagütig bewahrt.

\* \* \*

#### Eine verkürzte Paraphrase des Bonner Memorandums

sp. Leider ist es seit längerem so, dass Äußerungen zur Frage der deutschen Wiedervereinigung, von welcher Seite sie auch kommen, nichts wesentlich Neues, keinen Vorschlag enthalten, der die festgefahrene Entwicklung entscheidend vorwärtszudrücken geeignet wäre. Das trifft auch für die jetzt in Moskau und Bonn überreichte Note der Westmächte zu. Das Memorandum der Bundesregierung vom 2. September an den Kreml war ja das Ergebnis eingehender gemeinsamer Vorbereitungsarbeit mit den westlichen Regierungen, für die es also nichts Neues enthalten konnte. Deshalb wurde das Memorandum denn auch dem Westen in Form einer Durchschrift zugestellt, die mehr protokollierisch-dokumentarische, als eigentlich politische Bedeutung hatte. Dessen ungeachtet haben nun die Westmächte auf diese Abschrift einer Note an Moskau, die zusammen mit ihnen erarbeitet worden ist, mit einer eigenen Note geantwortet. Schon aus diesem Zusammenhang ergibt sich, dass es verfehlt wäre, davon neue

politische Gesichtspunkte zu erwarten, denn sowohl für Moskau wie für Bonn kann der Inhalt nur eine Bestätigung bekannter Auffassungen sein.

Jenes Memorandum der Bundesregierung vom 2. September, zu dem die jetzt veröffentlichten Noten der Westmächte nur eine Art sehr verkürzter Paraphrasen sind, war bekanntlich der erste direkte Versuch Bonns überhaupt, mit Moskau in ein direktes Gespräch über Fragen der Wiedervereinigung zu kommen. Er erfolgte fast genau ein Jahr nach dem Beschluss, diplomatische Beziehungen zwischen Bonn und Moskau aufzunehmen, aber andererseits in einer Atmosphäre, die aus den verschiedensten Gründen denkbar schlecht war. Die Sowjets hatten seit dem negativen Ende der zweiten Genfer Konferenz mehrfach zu erkennen gegeben, dass sie zunächst kein Interesse an Verhandlungen über die deutsche Frage hätten, es sei denn, das würde klar, sie würden einseitig von ihren eigenen Vorstellungen über die deutsche Wiedervereinigung beherrscht. Durch diese Tatsache, die ja auch der Bundesregierung bekannt war, mussten gewisse neue Ansätze für ein Gespräch, die sich in dem Bonner Memorandum fanden von vornherein stark entwertet werden. Dazu gehörte auch die Erklärung der Bundesregierung: "Soweit die Befürchtungen für ihre eigene Sicherheit sein sollten, welche die Sowjetunion veranlassen, ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands zu verweigern, steht nichts im Wege, die bisherigen Überlegungen erneut auf ihre Brauchbarkeit zu überprüfen."

Das Kernstück des Memorandums der Bundesregierung war wohl die Feststellung, nur ein wiedervereinigtes Deutschland könne Bestandteil eines europäischen Sicherheitssystems sein. Diese Auffassung haben jetzt die Westmächte mit grossem Nachdruck unterstrichen. Hier ist einer der Punkte, in dem sich die Meinung des Westens von der der Sowjetunion am schroffsten unterscheidet. Jetzt ist Moskau am Zuge. Es wird sich zu dieser wichtigen Spezialfrage zu äussern haben und auch zu dem feierlichen Bekenntnis der Genfer-Chef-Konferenz zur gemeinsamen Verantwortung der vier Mächte für die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf dem Wege über freie Wahlen - "in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit". In dieser klaren Aufforderung liegt immerhin ein Fortschritt. Die Sorge, die jeden dabei erfüllt, bleibt aber vor allem die, dass man wieder bei der Verkündung von Grundsätzen stehenbleibt, ohne den entscheidenden Schritt zu tun, praktische Wege zur Herbeiführung der Wiedervereinigung zu vereinbaren. \* \* \*